

Verbraucherschützer fordern Rückforderungen von illegalen Energie-Preisen!

Der Verbraucherschutzverein fordert gerechte Energiemaßnahmen im Regierungsprogramm und plant weitere Verbandsklagen zur Verbrauchersicherheit.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 13. Dezember 2024 liegt der Fokus auf dem Verbraucherschutzverein (VSV), der in einer aktuellen Stellungnahme energisch gefordert hat, dass die Koalitionsparteien im neuen Regierungsprogramm Maßnahmen zur Regulierung des Energiesektors integrieren. Die Obfrau des VSV, Daniela Holzinger, äußert sich kritisch gegenüber den gestiegenen Energiekosten, die zum Teil als ungültig erachtet werden und durch staatliche Subventionen unterstützt wurden. Diese Preissteigerungen, die auf illegale Praktiken zurückzuführen sind, müssen nun vom Staat zurückgefordert

werden, so die Forderung des VSV. Holzinger fordert eine direkte Unterstützung der Kund:innen, unabhängig von den großen Energiekonzernen, um endlich für Transparenz und Fairness zu sorgen.

Energiepreiskontrolle unter Druck

Bei den Verhandlungen der politischen Parteien wird der VSV mit seiner neuen Legitimation für Verbandsklagen insbesondere im Bereich der Energieversorgung eine zentrale Rolle einnehmen. Damit strebt der Verein an, den Verbraucher:innen eine Stimme zu geben und für deutlichere Strukturen im Umgang mit Energiepreisen zu kämpfen. Der VSV hat sich nicht nur als Vertretung von Verbrauchern etabliert, sondern auch bei größeren Rechtsstreitigkeiten, einschließlich Klagen gegen den Staat, hervorgetan. Der Verein wurde von dem Verbraucherrechtsexperten Peter Kolba gegründet und hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2018 intensiv mit Fällen wie dem VW-Dieselskandal und der Covid-19-Pandemie auseinandergesetzt, was ihm internationale Aufmerksamkeit verschaffte, wie de.wikipedia.org berichtet.

Der VSV ist bekannt für seine unermüdliche Arbeit im Namen der Verbraucherinteressen und hat in zahlreichen Fällen rechtliche Schritte unternommen, um geschädigten Personen gerecht zu werden. Die Mitglieder des Vereins finanzieren sich durch Beiträge und erhalten keine staatliche Unterstützung oder Finanzierung durch Unternehmen. Dies stärkt ihre Unabhängigkeit und ermöglicht es ihnen, weiterhin die Rechte der Verbraucher zu verteidigen und durch Sammelklagen und Prozessfinanzierungen Gerechtigkeit zu erlangen. Besonders die Entwicklungen im Energiesektor werden nun unter Beobachtung stehen, da Holzinger und der VSV auf umfassende Änderungen drängen, um den Bürger:innen nachhaltig zu helfen.

Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • de.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at